

Überwindung traditioneller Stereotype

Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963

Reiner Marcowitz*

» Der General gab sich enttäuscht: Verträge seien wie junge Mädchen und Rosen, sie hielten, solange sie hielten, und wenn der Deutsch-Französische Vertrag keine Anwendung finde, sei er nicht der erste in der Geschichte, meinte er im Frühjahr 1963 nach der stark umkämpften Ratifizierung des Elysée-Vertrages in der Bundesrepublik. Dabei war allein schon die Tatsache, dass Deutsche und Franzosen sich im Januar 1963 auf diesen „Freundschaftsvertrag“ geeinigt hatten, ein Erfolg.

Un saut dans l'inconnu

Français et Allemands, qualifiés d'« ennemis héréditaires » jusqu'à la première moitié du 20^e siècle, ont réussi, sur les ruines de la Seconde Guerre mondiale, à surmonter ces stéréotypes idéologiques pour aboutir en janvier 1963 à la signature du Traité de l'Elysée. La déclaration du ministre français des Affaires étrangères, Robert Schuman, le 9 mai 1950, faite en accord avec le chancelier Konrad Adenauer, aura permis la mise en place, le 1^{er} janvier 1952, de la Communauté européenne pour le charbon et l'acier (CECA).



Cependant, estime Reiner Marcowitz dans son analyse, le Plan Schuman était en réalité un Plan Monnet. Car c'est bien Jean Monnet qui aura été, en sa qualité de Commissaire au Plan, le véritable artisan de cette initiative, qualifiée par Robert Schuman lui-même de « saut dans l'inconnu ». L'année 1962 sera finalement celle de la réconciliation, introduisant la célèbre accolade du 22 janvier 1963 dans les salons de l'Elysée.

Réd.

Noch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts galten sie als „Erbfeinde“. Natürlich war dieses Stereotyp immer schon ein ideologisches Konstrukt gewesen: In den Jahrzehnten nach den „Befreiungskriegen“ von 1813/14 war es in Deutschland von jenen entwickelt worden, die die deutsche Identität mit Hilfe eines Feindbilds schärfen und gleichzeitig ihre Forderung nach einem deutschen Nationalstaat durch eine solche „negative Integration“ weiter popularisieren wollten. Dem gesellte sich gleichwohl nach der Erfahrung des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71 in Frankreich die Annahme eines permanenten deutschen Expansionsstrebens hinzu. Eine dominierende nationalapologetische Historiographie hat dann in den folgenden Jahrzehnten in beiden Ländern das ihre dazu beigetragen, solche Vorstellungen am Leben zu erhalten, und die Erfahrung der beiden Weltkriege schien ihr Recht zu geben.

1945, am Ende des Zweiten Weltkrieges, standen indes alle europäischen Staaten vor einem Scherbenhaufen – vor allem materiell und politisch, letztlich aber auch kulturell und moralisch: Die einen – die deutsch geführten „Achsenmächte“ –, weil sie den verbrecherisch vom Zaun gebrochenen Krieg verloren hatten, die anderen – die zur „Anti-Hitler-Koalition“ gehörenden –, weil sie den Krieg zwar gewonnen hatten, aber dies nur mit Hilfe der neuen „Supermächte“ USA und Sowjetunion sowie, mit Ausnahme Groß-

* Reiner Marcowitz ist Historiker und Professor für Deutschlandstudien an der Universität Lothringen in Metz.

britanniens, nach der vorangegangenen demütigenden Erfahrung von eigener rascher Niederlage und langjähriger deutscher Besatzungsherrschaft mit teilweiser Kollaboration. Das bewirkte allerdings für die deutsch-französischen Beziehungen unmittelbar noch keine Änderung: Zunächst rangen auf französischer Seite Vorherrschafts- und Verständigungskonzept miteinander, und auf deutscher Seite überwog eine negative Sicht auf die französischen Besatzer – genährt aus historischen Ressentiments, aber auch aus aktuellen Erfahrungen teilweiser harter Okkupation.

Gleichwohl schuf der Ausgang des Zweiten Weltkriegs mittelfristig die Voraussetzung für einen tief greifenden strukturellen Wandel im deutsch-französischen Verhältnis: Bereits in den ersten Nachkriegsjahren wurde die „Anti-Hitler-Koalition“ sukzessive durch einen Ost-West-Konflikt abgelöst, der sich wiederum als ein entscheidender Katalysator für konkrete Maßnahmen zur Einigung zumindest Westeuropas erwies. Die Westeuropäer benötigten nämlich jetzt die Vereinigten Staaten, die wiederum als Vorbedingung für militärischen Beistand und wirtschaftliche Unterstützung eine verstärkte innereuropäische Kooperation verlangten. Das setzte insbesondere die damalige französische Führung unter Druck, die angesichts ihrer drohenden deutschlandpolitischen Isolierung die Flucht nach vorn antreten musste: Am 9. Mai 1950 schlug Außenminister Robert Schuman in einer Aufsehen erregenden Pressekonferenz die Gründung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) vor (siehe Kasten). Er hatte sich vorab bei Bundeskanzler Konrad Adenauer abgesichert, der seiner Idee sofort zugestimmt hatte, entsprach sie doch einem alten Wunsch von ihm schon aus der Zwischenkriegszeit. Dementsprechend zügig verliefen die Verhandlungen, die in die Gründung der EGKS zum 1. Januar 1952 mündeten. Die Bundesrepublik war hieran erstmals als gleichberechtigter Partner beteiligt – und nicht mehr als ein Mündel der Besatzungsmächte.

Die doppelte Deutschlandpolitik

In den letzten Jahren ist versucht worden, das Spektakuläre am Schuman-Plan zu relativieren –

La déclaration Schuman du 9 mai 1950

« *Le rassemblement des nations européennes exige que l'opposition séculaire de la France et de l'Allemagne soit éliminée. L'action entreprise doit toucher au premier chef la France et l'Allemagne. Dans ce but, le gouvernement français propose immédiatement l'action sur un point limité, mais décisif. Le gouvernement français propose de placer l'ensemble de la production franco-allemande de charbon et d'acier sous une Haute Autorité commune, dans une organisation ouverte à la participation des autres pays d'Europe.* »



Am 9. Mai 1950 gab der französische Außenminister Robert Schuman in einer Pressekonferenz den Inhalt einer Regierungserklärung

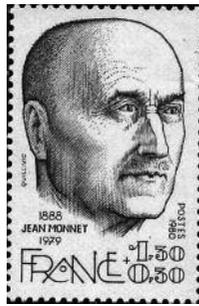
zum Plan für eine Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bekannt:

„Die Vereinigung der europäischen Nationen erfordert, dass der Jahrhunderte alte Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ausgelöscht wird. Das begonnene Werk muss in erster Linie Deutschland und Frankreich erfassen. Die französische Regierung schlägt vor, die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohlen- und Stahlproduktion unter eine gemeinsame Oberste Aufsichtsbehörde zu stellen, in einer Organisation, die den anderen europäischen Ländern zum Beitritt offensteht.“

der im Übrigen eher ein Monnet-Plan war, denn es war der Leiter des französischen Planungskommissariats, Jean Monnet, der ihn entworfen hatte: Entweder wird er auf den Ausdruck kruder nationaler Interessen der beteiligten Länder und Regierungen reduziert, oder es wird schlichtweg seine zäsiierende Wirkung bestritten. Solche Thesen können sich auf eine Reihe einschlägiger Quellen beziehen. Diese belegen tatsächlich, dass Monnet und Schuman weniger hehre europäische als vielmehr nationalegoistische Motive trieben:

Vor allem ging es ihnen darum, das deutsche Wirtschaftspotential weiter kontrollieren zu können und Frankreichs Rolle als führende Macht auf dem Kontinent mit entsprechendem ökonomischem Potential zu bestätigen. Gleichzeitig ist mittlerweile auch klar, dass sich in der französischen Deutschlandplanung hegemoniales „Dominanz“- und kooperatives „Integrationskonzept“ keineswegs sachlich und zeitlich derart stark voneinander unterscheiden, wie die Forschung lange Zeit unterstellt hat; vielmehr ist seit 1944/45 von einer „doppelten Deutschlandpolitik“ (Dietmar Hüser) auszugehen, die immer beide Elemente enthielt. Folglich konnte sich der Schuman-Plan von 1950 durchaus auf gedankliche Vorarbeiten aus den vorangegangenen Jahren stützen.

Diese begrüßenswerte Differenzierung schießt allerdings über ihr Ziel hinaus, wenn die Jahre 1944/45 bis 1949/50 derart nur noch als eine Overture für die geradezu zwangsläufige deutsch-französische Aussöhnung späterer Jahrzehnte erscheinen und somit der innovative Ansatz von Schumans Vorschlag ignoriert wird. Tatsächlich können die dem Schuman-Plan zugrunde liegenden traditionellen Interessen nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich durch die EGKS zumindest sukzessive neben der Methode auch der Inhalt nationalstaatlicher Politik entscheidend änderte. Man könnte die 1950 beginnende Integration Westeuropas geradezu als eine „Europäisierung der deutsch-französischen Frage“ bezeichnen: Das Problem einer gerechten Austarierung des unterschiedlichen, ja entgegengesetzten National- und Sicherheitsinteresses der Deutschen und ihrer Nachbarn als ein entscheidender Konfliktstoff auf dem Kontinent spätestens seit dem 19. Jahrhundert wurde mittels europäischer Kooperation und Integration zunächst neutralisiert und schließlich gänzlich suspendiert. Diesen Zusammenhang hatte Monnet in seinem Memorandum vom 3. Mai 1950, in dem er Schuman seinen Gedanken einer Montanunion erstmals schilderte, unmissverständlich verdeutlicht: *„Il ne faut pas chercher à régler le problème*



allemand qui ne peut être réglé avec les données actuelles. Il faut en changer les données en les transformant.“

Konkret bedeutete dies: Man versuchte nicht, die bestehenden Interessendivergenzen in traditionellen bilateralen und zwischenstaatlichen Bahnen zu kanalisieren. Hier hätte die Gefahr bestanden, dass historische Verletzungen und nationale Eitelkeiten eine Einigung verhinderten. Hingegen erleichterte die Verlagerung auf die europäische Ebene gegenseitige Kompromisse und Konzessionen. War nämlich die Bereitschaft zur Einigung über nationale Grenzen hinaus einmal vorhanden, verlangte sie von allen Beteiligten, einen Teil ihres nationalen Egoismus auf dem supranationalen Altar zu opfern. Aufgrund seiner ökonomischen und politisch-mentalischen Konsequenzen kam der Schuman-Plan daher geradezu einer „doppelten Revolution“ (Ulrich Lappenküper) gleich. Das war zugegebenermaßen 1950 mitnichten klar und noch nicht einmal von jedem der Beteiligten beabsichtigt; insofern war Schumans Initiative in der Tat ein *„Sprung ins Unbekannte“*, wie der französische Außenminister in seiner Pressekonferenz vom 9. Mai 1950 eingeräumt hatte.

Auf dem Weg zur Aussöhnung

Einmal begonnen gewann der mit dem Schuman-Plan 1950 eingeleitete west-europäische Einigungsprozess aber seine eigene Dynamik. Dabei wirkte sich die Tatsache begünstigend aus, dass die deutsch-französische Aussöhnung in den Zivilgesellschaften beider Länder durch eine Vielzahl neuer Austauschprogramme, effektiver Mittler und überzeugter Versöhnungszirkel flankiert wurde. Darüber hinaus setzte seit den 1950er-Jahren ein Prozess zunehmender sozio-kultureller und sozio-ökonomischer Verflechtung der westeuropäischen Länder ein – Verflechtungen durch Kapital- und Warenströme, durch Migration, in den Konsumstilen und Moden ebenso wie in Kunst und Wissenschaft –, dank dessen sich insbesondere die

Bundesrepublik und Frankreich einander immer stärker annähernten.

Natürlich gab es auch Rückschläge: 1954 scheiterte das ambitionöse Doppelpjekt einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) und einer Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG). Doch zeigte sich gerade jetzt, wie tragfähig die deutsch-französischen Beziehungen mittlerweile geworden waren: Entgegen ihrer ursprünglichen Ängste – die noch vier Jahre zuvor den EVG-Vorschlag motiviert hatten – akzeptierten die Franzosen nun die deutsche Wiederbewaffnung in Form von nationalen deutschen Truppen, die in die NATO und die neugegründete Westeuropäische Union (WEU) integriert wurden. Gleichzeitig gelang es ebenfalls, die Hypothek der Saarfrage abzutragen: Auch hier griffen die westdeutsche und die französische Regierung zunächst zum Mittel der „Europäisierung“, indem sie sich auf ein Statut einigten, das das Saargebiet der WEU unterstellte. Doch als dieses Projekt in einem Referendum von einer Mehrheit der Saarländer abgelehnt worden war, akzeptierte die Pariser Regierung sogar die „kleine Wiedervereinigung“, d. h. die Eingliederung des Saargebiets in die Bundesrepublik zum 1. Januar 1957. Die Tatsache, dass Adenauer Anfang November 1956, auf dem Höhepunkt der Suezkrise, als britische und französische Truppen am Suezkanal gelandet waren, um die ägyptische Regierung zur Rücknahme der Verstaatlichung der Wasserstraße zu zwingen, der isolierten französischen Regierung von Guy Mollet während seines Paris-Besuchs demonstrativ Mut zugesprochen hatte, zeigte, wie eng die deutsch-französischen Beziehungen mittlerweile geworden waren. Davon zeugte ebenfalls ein trilaterales Rüstungsabkommen, das die Bundesrepublik, Frankreich und Italien am 28. November 1957 schlossen und das eine nukleare Zusammenarbeit vorsah. Völlig zurecht hat Alfred Grosser die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen in den 1950er-Jahren mit dem Bonmot resümiert, dass die Vierte Französische Republik bei ihrer Gründung nur einen einzigen Feind gehabt habe – Deutschland – und an ihrem Ende, angesichts der zunehmenden internationalen Kritik an ihrer Algerienpolitik, nur (noch) einen einzigen Freund – die Bundesrepublik.

La France peut aider l'Allemagne

« Comment les Français peuvent-ils aider les Allemands à assumer leurs responsabilités dans la tâche européenne commune ? Tout d'abord, en portant sur les Allemands un jugement objectif. Je sais combien il est difficile à tout homme et à tout peuple d'y parvenir, surtout quand les événements récents rendent le rapprochement très difficile, comme c'est le cas pour les relations franco-allemandes. »

« Nous prions la France de comprendre que le peuple allemand ne hait plus la France. A l'exception de quelques insensés, personne ne croit plus à une nouvelle guerre entre la France et l'Allemagne, et personne ne pense qu'une guerre résoudrait tous les problèmes entre les deux pays. Il faudrait tenir compte du fait que de nombreuses questions, nées du débat sur le traité de la Communauté européenne de Défense (CED), ont été ajournées par la majorité du Bundestag, pour ne pas compromettre les chances d'un rapprochement entre les nations européennes, en particulier entre l'Allemagne et la France. La France peut aider les Allemands, par exemple dans l'acceptation de solutions politiques délicates, à condition de ne pas reporter à la légère, sur l'Allemagne d'aujourd'hui, ses souvenirs amers des quinze dernières années. Les Allemands sont, en grande majorité, prêts à s'engager dans une voie politique entièrement nouvelle, et en particulier sur le chemin de l'Europe. Mais c'est rendre leur tâche encore plus difficile que de les soupçonner d'avoir toujours les mêmes buts qu'autrefois, ces buts pour lesquels ils furent, à tort ou à raison, naguère condamnés. »

« Nous souhaiterions que la France renonce, dans sa façon de penser et d'agir, à sa crainte d'une réunification de l'Allemagne. Elle peut nous en croire : personne ne considère la réunification des deux Allemagne comme la possibilité d'un retour à une politique de force. »

Hermann Ehlers, président du Bundestag de 1950 jusqu'à son décès en 1954;

in : *Bulletin du secrétariat à l'Information du gouvernement de Bonn*, appel repris par *Documents* 8/1953.

Dennoch schien vorübergehend noch einmal alles in Frage gestellt: „*Wenn Herr de Gaulle kommt, der macht Europa kaputt*“, orakelte Adenauer im Frühjahr 1958, als in Frankreich eine Rückkehr Charles de Gaulles an die Staatsspitze drohte. Der einstige Führer der französischen *Résistance* schien nicht nur ein Antieuropäer *par excellence* zu sein, sondern auch noch alten anti-deutschen Erbfeind-Stereotypen anzuhängen. Sein Treffen mit dem General in dessen Haus in Colombey-les-deux-Eglises Mitte September 1958 belehrte den Bundeskanzler bekanntlich eines Besseren: De Gaulle bekannte sich hier uneingeschränkt zur deutsch-französischen Aussöhnung und Zusammenarbeit als der Basis der westeuropäischen Einigung, die er ebenfalls fortführen wollte. Würde Adenauer solcherart vom Saulus zum Paulus? Mitnichten: Bei aller Erleichterung, ja Wertschätzung blieb er schon von Natur aus misstrauisch und ihn wie den französischen Staatspräsidenten trennte weiterhin ein „*Abgrund von Argwohn*“ (Hans-Peter Schwarz): Zu erratisch schienen Adenauer manche Aktionen de Gaulles – sein Beharren auf nationalstaatlicher Souveränität ebenso wie seine Weltmachtaspirationen, aus denen sich seine Distanz zu den USA und der NATO sowie seine Kontakte zur Sowjetunion ergaben. Umgekehrt sah de Gaulle die Bundesrepublik als einen zwar wichtigen, aber keineswegs immer gleichberechtigten Partner an, weswegen er auch gleich nach seiner Rückkehr an die Macht die wenige Monate zuvor geschlossene deutsch-französische Nuklearentente aufkündigte. Zudem schienen ihm die westdeutsche Deutschland- und Ostpolitik anachronistisch und ein Hindernis auf der von ihm als notwendig angesehenen Ost-West-*Détente*. In der Europapolitik schließlich setzte er, anders als die Bundesregierung, eher auf zwischenstaatliche Zusammenarbeit als auf supranationale Integration.

Eine immer stärkere Abstimmung

Es bedurfte der Berlin-Krise, um beide Politiker und ihre Staaten zusammenzuführen: Als die Sowjetunion Ende 1958 drohte, den Viermächtestatus der ehemaligen deutschen Hauptstadt aufzukündigen und damit die Überlebensfähigkeit

des westlichen Vorpostens West-Berlin gefährdete, stellte sich de Gaulle demonstrativ an die Seite Adenauers. Den enttäuschte wiederum zuneh-

Une rencontre d'historiens

Réunis à Mayence en octobre 1951 à l'Institut d'histoire européenne pour des discussions sur les relations franco-allemandes de 1789 à 1933, des historiens français et allemands publient une déclaration commune :

« Les documents ne permettent pas d'attribuer en 1914 une volonté préméditée de guerre européenne à aucun gouvernement ou à aucun peuple. La méfiance était au plus haut point et dans les milieux dirigeants régnait l'idée que la guerre était inévitable ; chacun attribuait à l'autre des pensées d'agression ; chacun acceptait le risque d'une guerre et ne voyait la sauvegarde de sa sécurité que dans les systèmes d'alliances et le développement des armements. »

Bei einer Tagung von deutschen und französischen Historikern im Institut für Europäische Geschichte in Mainz werden im Oktober 1951 Probleme der deutsch-französischen Beziehungen in der Zeit von 1789 bis 1933 diskutiert. Eine gemeinsame Aussage zum Kriegsausbruch 1914 beendet den Streit um die Kriegsschuldfrage, indem festgestellt wurde, dass die Dokumente es nicht erlauben, „*irgendeiner Regierung oder einem Volk den bewussten Willen zu einem europäischen Kriege zuzuschreiben*“.

mend die Politik der damaligen amerikanischen Regierungen. Insbesondere unter der Ägide John F. Kennedys schienen seit 1961 alle bisherigen deutschlandpolitischen Positionen der USA zur Disposition gestellt: Tatsächlich reduzierte die neue Führung ihre diesbezügliche Verpflichtungen auf die Überlebensfähigkeit der Bundesrepublik und West-Berlins und unternahm folglich auch nichts, als am 13. August 1961 der Bau der Berliner Mauer begann und damit der Status quo der deutschen Teilung weiter zementiert wurde. Aus der Verschlechterung der deutsch-amerikanischen Beziehungen resultierte eine Aufwertung des deutsch-französischen Verhältnisses: Hatte Adenauer noch im Sommer 1960 bei einem Treffen auf Schloss Rambouillet bei Paris de

Gaulles Vorschlag eines engen deutsch-französischen Bündnisses, ja einer „Union“ zwischen den beiden Ländern, abgelehnt, weil er hiervon eine Schwächung der 1958 gegründeten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) befürchtete, suchte er in den Jahren 1962/63 eine immer stärkere Abstimmung mit de Gaulle. Zweifellos sah er durch die Spannungen mit den USA die Grundlagen seiner Westpolitik gefährdet. Hinzu trat der Umstand, dass auch die europäische Integrationspolitik in eine Krise geraten war: 1962 scheiterte ein erneuter Anlauf zur politischen Union in Form der Fouchet-Verhandlungen vor allem am Streit über die Aufnahme Großbritanniens – für de Gaulle ein trojanisches Pferd der Amerikaner, mit dessen Hilfe die Kennedy-Regierung seine Vision von einer *Europe européenne* zerstören wollte, für seine Partner hingegen mehrheitlich ein Korrektiv des französischen Vormachtstrebens in Westeuropa. Schließlich hatte sich Adenauer aus innenpolitischen Gründen auch noch verpflichten müssen, im Herbst 1963 zurückzutreten.

Angesichts der unsicheren internationalen Lage und eines designierten Nachfolgers, Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard, dem er die Befähigung für das Amt des Bundeskanzlers absprach, beabsichtigte Adenauer seit der zweiten Jahreshälfte 1962 noch einen letzten außenpolitischen Pflock einzuschlagen, der zumindest sein deutsch-französisches Erbe als ein Kernelement seiner Europa- und Westpolitik überhaupt sicherte. Dementsprechend besprach er während seines Staatsbesuchs in Frankreich im Juli 1962 und jenem von de Gaulle in der Bundesrepublik im September 1962 mit dem französischen Staatspräsidenten die Möglichkeit eines bilateralen Arrangements, das beide Länder zur Zusammenarbeit verpflichtete. Hieraus entstand der sogenannte Deutsch-Französische oder Elysée-Vertrag, den beide am 22. Januar 1963 unterzeichneten, begleitet von einer herzlichen Umarmung (*accolade*), die sozusagen den Höhepunkt jener „*offiziellen Symbolpolitik*“ (Corine Defrance / Ulrich Pfeil) bildete, mit der beide schon in den Monaten zuvor ihre Annäherung auch emotional zu unterfüttern versucht hatten.

Für Adenauer schien damit sein außenpolitisches Werk gekrönt und dessen Überlebensfähig-

keit gesichert. In der Bundesrepublik provozierte seine „Option für Paris“ indes in den kommenden Monaten einen innenpolitischen und – mit Blick auf die Unionsparteien muss man sagen – auch innerparteilichen Streit erster Güte: Bis auf wenige Ausnahmen fürchtete eine starke „atlantische“ Fraktion über alle Parteigrenzen hinweg eine zu enge Bindung an die ehrgeizige Politik de Gaulle auf Kosten der Beziehungen der Bundesrepublik zu den USA und den übrigen westeuropäischen Verbündeten. Folglich musste Adenauer am Ende eine Präambel akzeptieren, damit der Vertrag überhaupt im Bundestag ratifiziert werden konnte: Sie konterkarierte de Gaulles Vision einer *Europe européenne* durch das demonstrative deutsche Bekenntnis zum transatlantischen Bündnis und zur EWG sowie einem britischen Beitritt zur Wirtschaftsgemeinschaft. De Gaulles Enttäuschung konkretisierte Adenauer indes bei ihrem Treffen in Bonn Anfang Juli 1963 mit dem Hinweis auf die Widerstandsfähigkeit von Rosen und dem Bild vom Rosenstock, der selbst unter widrigen Bedingungen immer Knospen und Blüten trage. Tatsächlich zeigte der Streit über den deutsch-französischen Vertrag, dass knapp zwanzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die alte „Erbfeindschaft“ keineswegs einer problemlosen „Erbfreundschaft“ gewichen war. Vielmehr bestanden neben dem Wunsch nach Aussöhnung und Zusammenarbeit weiterhin Interessengegensätze und gegenseitiges Misstrauen. Gleichwohl hatte sich nun offensichtlich auf beiden Seiten des Rheins die Überzeugung durchgesetzt, dass es sich letztlich lohnte, die traditionellen Stereotype zu überwinden und in einem, wenngleich manchmal sehr mühsamen Prozess zu gemeinsamen Positionen zu finden.

Schwierigkeiten

„Wenn es aber wirklich der Wunsch Frankreichs und Deutschlands sein sollte, im Voraus ein Einvernehmen über alle Fragen, die auf dem Gemeinsamen Markt diskutiert werden, zu erzielen, so glaube ich, dass wir Schwierigkeiten haben werden.“

Paul-Henri Spaak, Außenminister Belgiens, am 7. März 1963